



BDI-Mittelstandspanel

Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung
Frühjahr 2012

Untersuchung im Auftrag von:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrichstraße 140
10117 Berlin
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstraße 20
53111 Bonn

Projektdurchführung: Siegrun Brink, Marina Hoffmann, Frank Wallau

Technische Durchführung:

TNS Emnid
Stieghorster Straße 90
33605 Bielefeld

Projektdurchführung: Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Das Anliegen	3
1 Wirtschaftspolitische und konjunkturelle Lage	4
1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	4
1.2 Konjunktur: Aktuelle Lage und mögliche Risiken.....	6
2 Unternehmenskennzahlen – Rückblick 2011 und Ausblick 2012.....	9
2.1 Umsatzentwicklung: Wachstum zeigt Konstanz.....	9
2.2 Beschäftigung in der Industrie: Aufholprozess zeigt Wirkung	11
3 Finanzierungs- und Investitionsbedingungen	14
3.1 Finanzierungsbedingungen bleiben mehrheitlich entspannt	14
3.2 Unternehmensinvestitionen bleiben auf Erholungskurs	16
4 Fach- und Führungskräftemangel in der Industrie?.....	19
4.1 Verfügbarkeit von Fach- und Führungskräften	19
4.2 Unternehmerische Maßnahmen zur Sicherung des Fach- und Führungskräftebedarfs	22
4.3 Politische Flankierung zur Sicherung des Fach- und Führungskräfteangebots	25
Anhang	27

Das Anliegen

Die Entwicklung der deutschen Industrieunternehmen ist ungeachtet der Wachstumshemmnisse wichtiger Handelspartner und der finanzpolitischen Schieflage in einigen Ländern Europas weiterhin gut. Das Wachstumstempo in Deutschland wird sich im Zuge der Eintrübung der weltwirtschaftlichen Stimmung in diesem Jahr jedoch verlangsamen. Vor diesem Hintergrund benötigt der industrielle Mittelstand weiterhin hinreichende Unterstützung durch Politik, Verbände und Wissenschaft gleichermaßen. Nur mithilfe gesicherter Daten aus erster Hand können die Unternehmen und speziell der Mittelstand strategisch und politisch hinreichend bei der Erfüllung ihrer unternehmerischen Aufgaben unterstützt werden.

Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid eine Online-Erhebung entwickelt. In der Öffentlichkeit als **BDI-Mittelstandspanel** bezeichnet, liefert die in halbjährlichem Turnus stattfindende Befragung deutscher Industrieunternehmen im nunmehr achten Jahr aktuelle Informationen über die speziell für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Hierzu gehört neben der Betrachtung wichtiger betrieblicher Kennzahlen die Analyse der Marktaktivitäten und -bedingungen sowie der Strategien zur Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben. Darüber hinaus dient das BDI-Mittelstandspanel auch als Maßstab zur Beurteilung des Zustands und der Entwicklung der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf diese Weise entsteht eine verlässliche empirische Basis, die Unternehmen und Umfeldakteuren Entscheidungshilfe bietet. Die Daten werden online unter www.bdi-panel.emnid.de erhoben; dort sind ebenfalls die Ergebnisse aller bisherigen Erhebungswellen dokumentiert.

Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse der fünfzehnten Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels zusammengefasst. Einen Schwerpunkt der Frühjahrsbefragung 2012 bildet die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der deutschen Industrieunternehmen vor dem Hintergrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise im Euro-Raum. Eingebettet in die Beurteilung der aktuellen und der erwarteten Wirtschaftslage werden die zentralen Kennzahlen zu Umsatz, Beschäftigung und Rendite für das Geschäftsjahr 2011 analysiert und die aktuelle Entwicklung von Investitionen und Finanzierungsbedingungen erörtert. Weitere Erhebungsschwerpunkte bilden nach den Befragungen im Herbst 2008 und 2010 erneut die Verfügbarkeit von Führungs- und Fachkräften sowie mögliche Maßnahmen zur Bedarfssicherung.

Zwischen dem 22. Februar und dem 30. April 2012 beteiligten sich 1.013 Unternehmen an der Erhebung. Allen Teilnehmern danken wir recht herzlich für ihre Unterstützung.

Die Ergebnisse der 15. Erhebungswelle

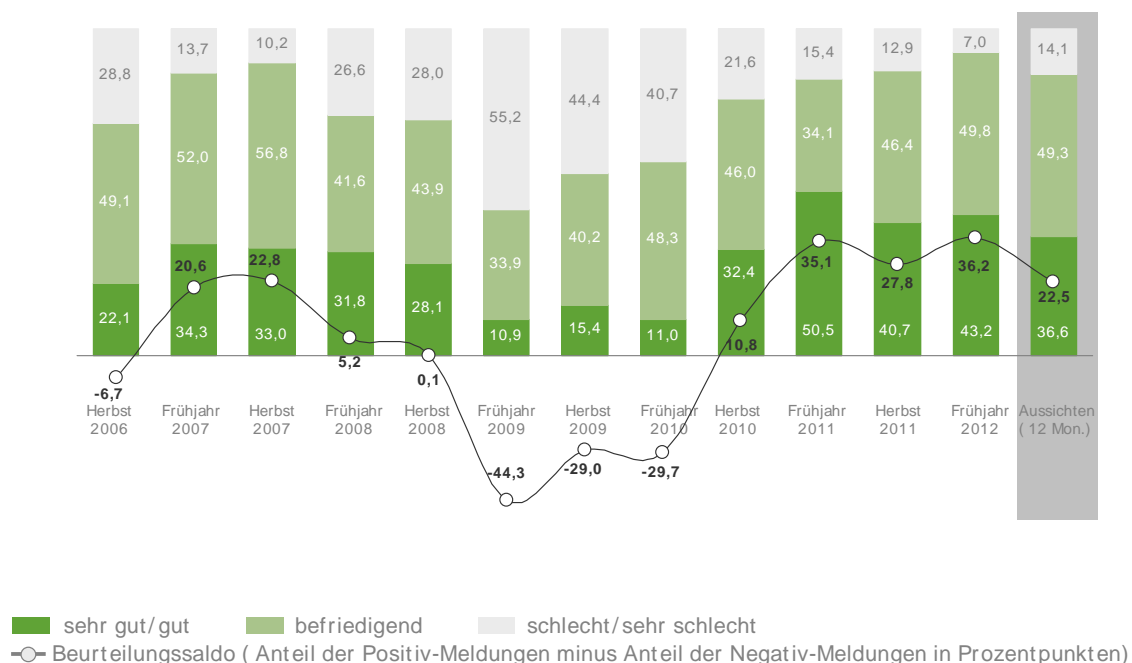
1 Wirtschaftspolitische und konjunkturelle Lage

Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist elementar für die Zukunftsfähigkeit der Euro-Zone und beeinflusst nicht nur das politische Geschehen, sondern auch die wirtschaftlichen Perspektiven Europas. Trotz weiterhin bestehender Unsicherheiten beurteilt der industrielle Mittelstand die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der aktuellen Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels in der Summe als gut. Grund hierfür dürfte das insgesamt positive Zeugnis sein, das die Unternehmen der Bundesregierung für ihr bisheriges Agieren in der Schuldenkrise ausstellen. Die wirtschaftliche Lage betreffend herrscht unter den deutschen Industrieunternehmen nach wie vor eine positive Grundstimmung. Die Aussichten für die nächsten Monate sind aufgrund der Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Schuldenkrise und der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise leicht getrübt.

1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Nach Angaben der aktuellen Frühjahrsbefragung stufen 43,2 % der Industrieunternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ ein. Im Vergleich zum Herbst 2011 ist dieser Anteilswert leicht angestiegen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Unternehmen, die mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht zufrieden sind, in den letzten drei Jahren deutlich zurückgegangen ist. War im Frühjahr 2009 noch jedes zweite Industrieunternehmen unzufrieden, so sind es drei Jahre später nur 7 % – der geringste Anteil seit dem Start der Panelbefragung.

Abbildung 1
Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 987

© IfM Bonn 1/2012

Aufgrund dieser Entwicklungen ergibt sich für die aktuelle Beurteilungslage ein Saldo von 36,2 Prozentpunkten. Dies bedeutet im Vergleich zur letzten Herbstbefragung eine Verbesserung um fast neun Punkte auf ein neues

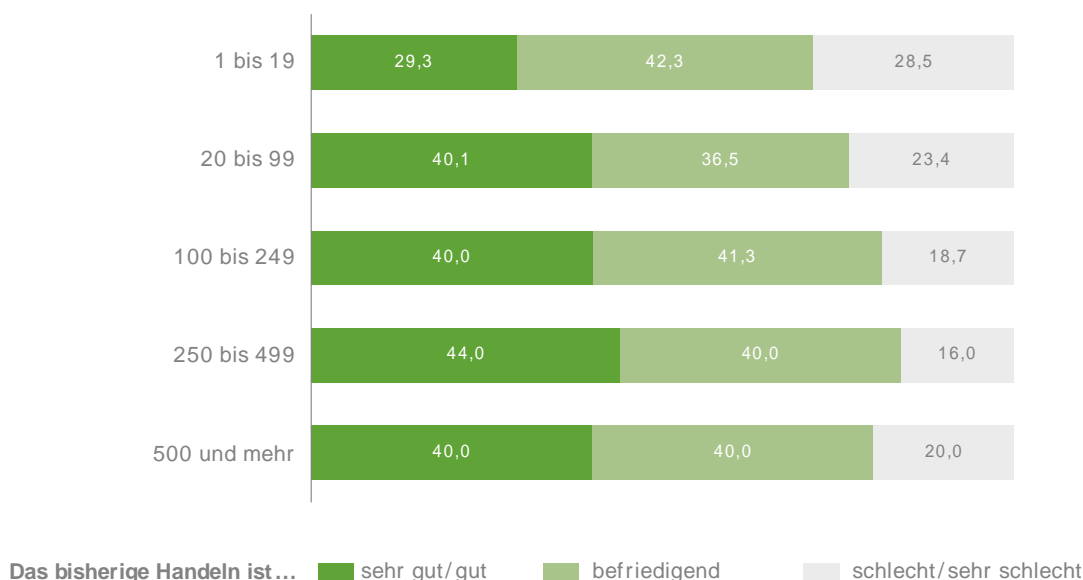
Allzeithoch (vgl. Abbildung 1). Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden von Unternehmen aller Größenklassen überwiegend als gut beurteilt.

Ordentliches Zeugnis für das Agieren der Bundesregierung in der Staatsschuldenkrise

Die positive Entwicklung der Einschätzung der Rahmenbedingungen ist konträr zu den im Frühjahr bzw. Herbst 2011 geäußerten Erwartungen. Möglicherweise überlagert die gute wirtschaftliche Lage – insbesondere im europäischen, aber auch im weltweiten Vergleich – die strukturellen wirtschaftspolitischen Problemlagen. Der Meinungsumschwung könnte aber auch die Hoffnung der Befragten widerspiegeln, dass die von Seiten der Politik ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone Wirkung zeigen. Denn insgesamt stellen die Unternehmen der Bundesregierung für ihr bisheriges Handeln in der Staatsschuldenkrise ein ordentliches Zeugnis aus.

Abbildung 2
Handeln der Bundesregierung in der Staatsschuldenkrise

Anzahl der Beschäftigten



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.012

© IfM Bonn 1/2012

Vier von zehn Industrieunternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten bewerten das Handeln der Bundesregierung in diesem Politikfeld mit ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ (vgl. Abbildung 2). Fast ebenso viele Unternehmen bewerten das Agieren mit befriedigend. Ein negatives Urteil fällen dagegen besonders häufig kleinere, binnenmarktorientierte Unternehmen. Das mehrheitlich positive Gesamturteil ist dadurch geprägt, dass es der Bundesregierung bisher gelungen ist, negative Folgen für die Realwirtschaft abzuwenden bzw. abzumildern. Das negative Votum eines kleineren Teils der Unternehmerschaft bringt jedoch zum Ausdruck, dass die Schuldenkrise im Kern noch nicht gelöst ist und der Bund durch die Zustimmung zu den Rettungspakten milliardenschwere Haftungsrisiken eingegangen ist.

Leichte Verschlechterung der Rahmenbedingungen erwartet

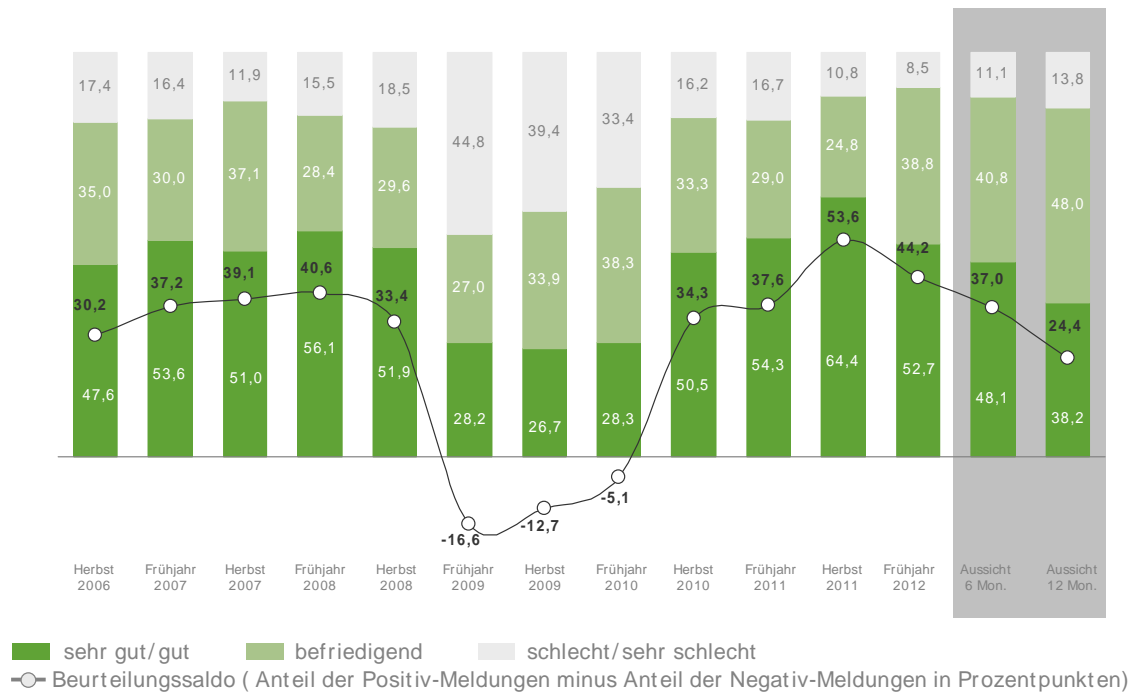
Für die kommenden zwölf Monate rechnen die Unternehmen – ähnlich wie in den vorangegangenen zwei Befragungen – mit einer Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Von positiven Rahmenbedingungen im nächsten Jahr geht nur gut jedes dritte Industrieunternehmen aus, gleichzeitig steigt die Zahl der

Negativ-Voten. Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten gehen zu über 50 % von befriedigenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aus. Insgesamt fällt der Beurteilungssaldo auf 22,5 Prozentpunkte. Die Ergebnisse der Frühjahrsbefragung lassen demnach zwar eine gewisse Verunsicherung im industriellen Mittelstand im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erkennen, aber die Grundtendenz bleibt positiv.

1.2 Konjunktur: Aktuelle Lage und mögliche Risiken

Ihre wirtschaftliche Lage beurteilen die deutschen Industrieunternehmen im Frühjahr 2012 mehrheitlich positiv: Über die Hälfte der Unternehmen (52,7 %) bewertet die eigene Lage als sehr gut bzw. gut. Nur rund 8 % der Befragten befinden sich nach eigenen Angaben in schlechter wirtschaftlicher Lage. Das Votum ist unabhängig von der Größenklasse der befragten Unternehmen. Im Vergleich zum Herbst 2011 sinkt der Beurteilungssaldo (Differenz aus positiven und negativen Einschätzungen) auf 44,2 Prozentpunkte. Er stellt aber immer noch den zweithöchsten Wert der vergangenen sechs Jahre dar (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3
Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.013

© IfM Bonn 1/2012

Damit übertrifft die aktuelle Lage der Unternehmen entsprechende Erwartungen aus dem Herbst 2011 deutlich. Von der zum damaligen Zeitpunkt befürchteten vorübergehenden Abschwächung der Konjunktur im ersten Halbjahr 2012 ist derzeit in der deutschen Industrie nichts zu spüren. Insgesamt unterstreicht die gute wirtschaftliche Lage des industriellen Mittelstands, dass die Staatsschuldenkrise bisher noch keine großen Auswirkungen in den Auftragsbüchern der Unternehmen hinterlassen hat.

Geschäftsaussichten trüben sich leicht ein

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die mittelständischen Industrieunternehmen ihre zukünftige wirtschaftliche Entwicklung häufig pessimistischer einschätzen als ihre aktuelle Lage. Daher erwarten die Unternehmen auf Halbjahres- und auf Jahressicht eine Eintrübung. Der Anteil der Unternehmen, die in den nächsten

sechs Monaten eine eher durchschnittliche bzw. schlechte Geschäftslage erwarten, steigt. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Unternehmen mit guten Bewertungen. Nichtsdestotrotz bleibt mit Blick auf die eigenen Geschäftsaussichten immer noch knapp die Hälfte der Unternehmen aller Größenklassen für die nächsten sechs Monate optimistisch. In der Summe sinkt der Beurteilungssaldo auf Halbjahressicht auf 37 Prozentpunkte.

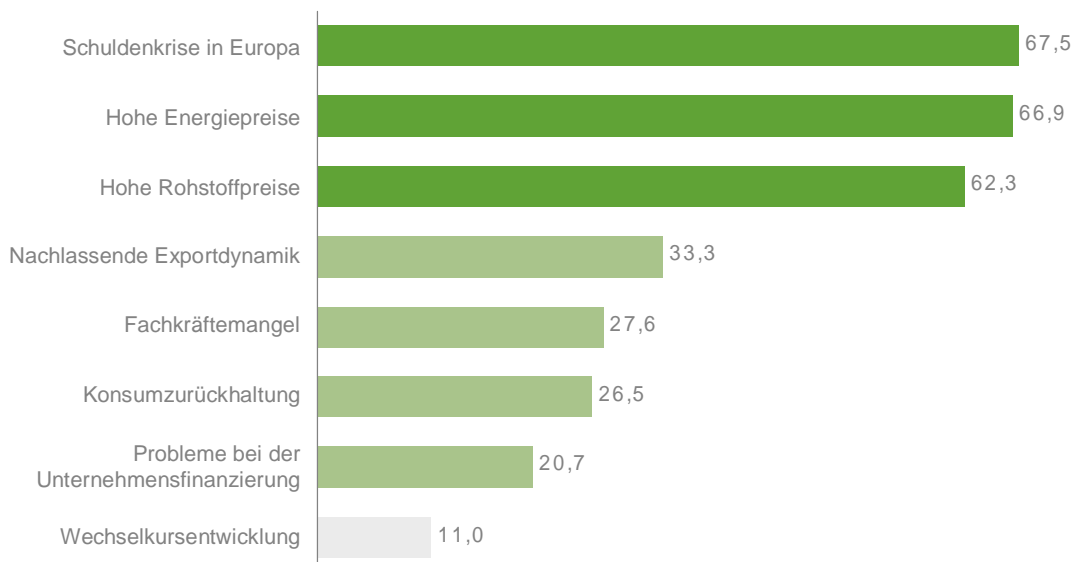
Auf Jahressicht setzt sich diese Entwicklung fort, so dass der Erwartungssaldo auf 24,4 Punkte fällt. Insbesondere kleinere Unternehmen erwarten vermehrt nur noch eine befriedigende Lage. Dagegen gehen Industrieunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten auch in zwölf Monaten mehrheitlich von einer guten Geschäftslage aus.

Die in der Herbstbefragung 2011 festgestellte Verunsicherung bleibt im Frühjahr 2012 bestehen. Ein Viertel der Unternehmen macht keine Angaben zur Entwicklung der Geschäftslage in den nächsten 12 Monaten. Um die Ursachen für diese Unsicherheit genauer bestimmen zu können, wurden die Unternehmen nach Konjunkturrisiken für diesen Zeitraum gefragt. Wie im Herbst 2011 führen vorwiegend drei Themen – unabhängig von der Unternehmensgröße – zur Unsicherheit im industriellen Mittelstand: Die Schuldenkrise in Europa, hohe Energiepreise und hohe Rohstoffkosten.

Schuldenkrise in Europa ist Konjunkturrisiko Nr. 1

In vielen Euro-Ländern wurden Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatshaushalte ergriffen. Ob diese die gewünschte Wirkung zeigen und damit zur Lösung der europäischen Schuldenkrise beitragen, bleibt abzuwarten. Mehr als zwei Drittel der deutschen Industrieunternehmen sehen daher in der Schuldenkrise in Europa ein Konjunkturrisiko (vgl. Abbildung 4). Daher gilt es aus Sicht der Industrie, nicht nur die Konsolidierung des Bundeshaushalts voranzutreiben, sondern insbesondere eine Lösung für die Schuldenkrise auf europäischer Ebene herbeizuführen.

Abbildung 4
Konjunkturrisiken der nächsten 12 Monate



Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise dämpft Erwartungen

Die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise stellt nach Einschätzung von zwei Dritteln der Unternehmen ebenfalls ein Konjunkturrisiko für die nähere Zukunft dar. Maßnahmen zur Reduzierung des Energie- und Materialverbrauchs können potenzielle Preissteigerungen und Versorgungsengpässe zwar abfedern. Viele Mittelständler scheinen das Potenzial zur Verbrauchssenkung – wie in der Herbstbefragung 2011 gezeigt – jedoch derzeit ausgeschöpft zu haben. Die nachlassende Exportdynamik stellt insbesondere für die exportorientierten Unternehmen ein weiteres Konjunkturrisiko dar, so dass möglicherweise die prognostizierten Umsatzziele nicht erreicht werden.

Im Vergleich zu den eben genannten Risiken wird das Fehlen von Fachkräften von weniger Unternehmen als kurzfristiges Wachstumsrisiko gesehen (27,6 %); allerdings ist dieses Thema auf mittlere Sicht für die gesamte Industrie von ganz entscheidender Bedeutung (s. dazu Kap. 4). Nur ein Fünftel der Unternehmen geht davon aus, dass die Unternehmensfinanzierung in den nächsten Monaten zu einem Problem werden könnte. Diese Einschätzung ist verständlich, sind doch die Finanzierungsbedingungen der Industrieunternehmen derzeit weiterhin gut.

Für den Fall, dass die skizzierten Risiken zu einer Eintrübung der Konjunktur führen, fühlen sich vier von zehn Unternehmen gut gerüstet. Mit der Unternehmensgröße steigt auch der Anteil der Unternehmen, die gut auf konjunkturelle Schwankungen vorbereitet sind. So gehen sechs von zehn Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten davon aus, dass sie für diesen Fall gut gerüstet sind. Die übrigen zumeist kleineren und binnenorientierten Unternehmen haben die Chance, die gute wirtschaftliche Lage für entsprechende Vorkehrungen zu nutzen.

2 Unternehmenskennzahlen – Rückblick 2011 und Ausblick 2012

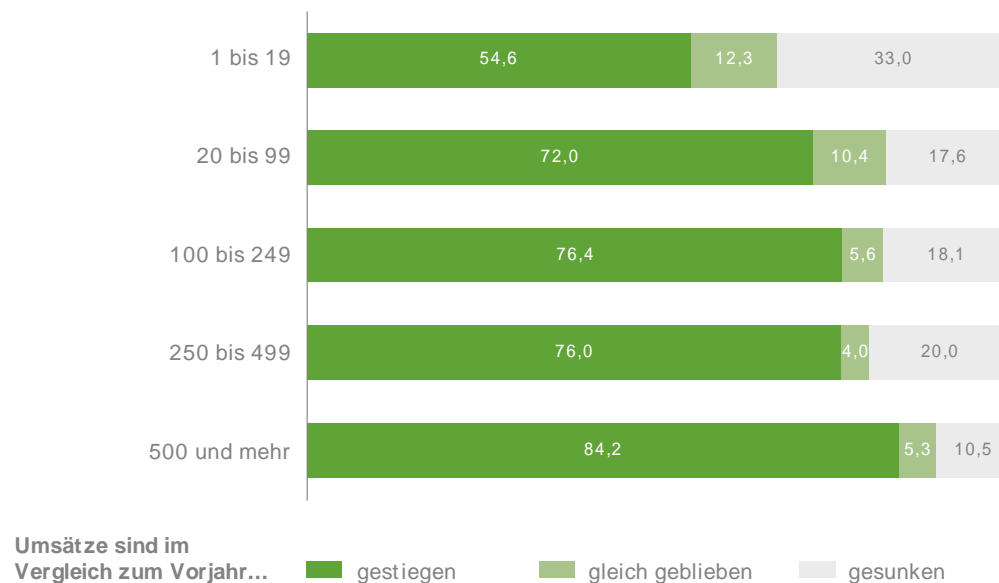
Das Jahr 2011 brachte, was lange erhofft wurde: Sowohl die Nachfrage aus dem Inland als auch die aus dem Ausland zogen an. So konnten die binnenmarktorientierten, meist kleineren Industrieunternehmen den Wachstumsvorsprung der exportierenden, meist größeren aufholen und überdurchschnittlich an Umsatz und Rendite zulegen. Dies wirkte sich zugleich positiv auf die Beschäftigtenzahlen im industriellen Mittelstand aus. Die Ausichten für die Kennzahlen des laufenden Jahres bleiben verhalten optimistisch.

2.1 Umsatzentwicklung: Wachstum zeigt Konstanz

Mitte des vergangenen Jahres deutete sich eine Abschwächung der konjunkturellen Aufwärtsdynamik an. Insbesondere aufgrund rückläufiger Auftragseingänge aus dem Ausland wurden die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert. Die tatsächliche Entwicklung übertraf aber diese Erwartungen – der Gesamtumsatz der deutschen Industrieunternehmen legte in 2011 um 6,9 % zu, nach einem Wachstum von knapp 9 % im Vorjahr. Dabei holten die binnenmarktorientierten Unternehmen den Wachstumsvorsprung der exportierenden Unternehmen auf – ihre Umsätze wuchsen mit 9,5 % überdurchschnittlich stark.

Abbildung 5
Entwicklung des Umsatzes im Jahr 2011

Anzahl der Beschäftigten



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 931

© IfM Bonn 1/2012

Umsatzrückgänge häufiger in kleinen Unternehmen

Insgesamt konnten knapp 60 % der Unternehmen in 2011 ihre Umsätze steigern. Dieser Anteil blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant. Etwa drei von zehn Unternehmen mussten sinkende Umsätze hinnehmen (vgl. Abbildung 5). Die Entwicklung der Umsätze verlief in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße jedoch recht unterschiedlich. Unter den Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern konnten vergleichsweise selten Umsatzsteigerungen verzeichnet werden (54,6 %). Ein Drittel der Kleinunternehmen musste jedoch Umsatzeinbußen hinnehmen. Bei den mittleren und großen Unternehmen traf dies lediglich in 10 bis 20 % der Fälle zu. Viel häufiger gelang diesen

Unternehmen eine Steigerung der Umsätze – so erwirtschafteten beispielsweise mehr als acht von zehn Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Umsatzsteigerungen.

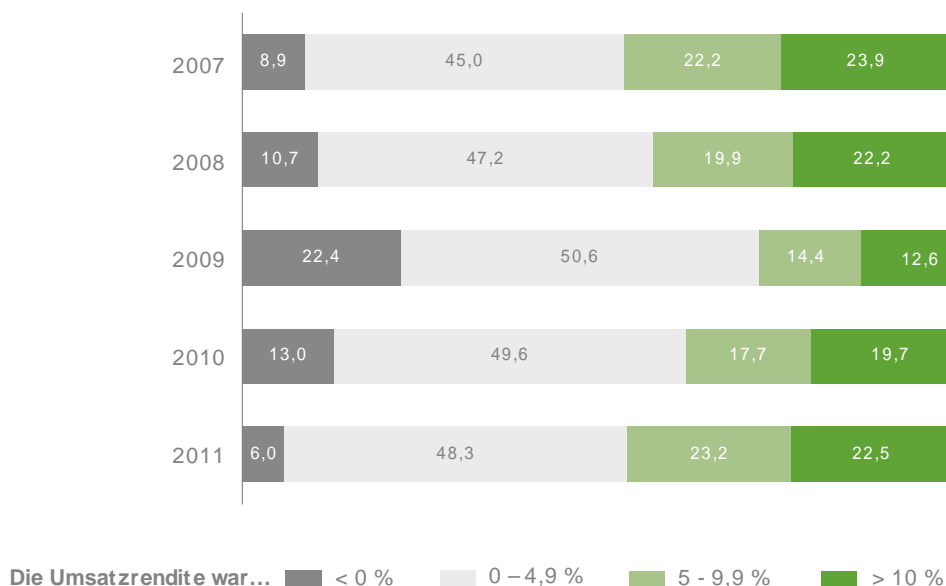
Moderater Zuwachs der Exportumsätze

Die kräftige Belebung der Exportaktivitäten im Jahr 2010 führte zu einem Plus der Exportumsätze von rund 18 %. Im Jahr 2011 hielt diese positive Entwicklung an, mit einem Zuwachs von 3 % fiel sie jedoch moderater aus. Zwei Drittel der exportierenden Unternehmen konnten ein Exportplus erzielen, die kleineren Unternehmen seltener (60 %) als größere (80 %). Die Exportquote, d.h. der Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz aller Industrieunternehmen, lag im Jahr 2011 bei 44 %.

Umsatzrendite: Deutliches Plus in kleinen und binnenorientierten Unternehmen

Die Umsatzrendite vor Steuern, d.h. der Jahresüberschuss vor Steuern im Verhältnis zum Umsatz, gilt als zentrale Kennzahl für den Unternehmenserfolg am Markt. Nach einem starken Einbruch im Krisenjahr 2009 erholte sich die Umsatzrendite bereits im Jahr 2010 deutlich. Auch im vergangenen Jahr hielt der Aufwärtstrend bei der Profitabilität an. Knapp die Hälfte der Industrieunternehmen (45,7 %, vgl. Abbildung 6) erzielte im Jahr 2011 eine Umsatzrendite von 5 % oder mehr. Zugleich halbierte sich der Anteil der Unternehmen mit negativer Rendite auf einen Wert von 6 %. Unter dem Strich stellt sich die Renditesituation der Unternehmen wieder so gut dar wie vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Abbildung 6
Verteilung der Umsatzrendite im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 850

© IfM Bonn 1/2012

Wie in den beiden Vorjahren konnten Unternehmen aller Größenklassen und Absatzmärkte Zuwächse bei der Umsatzrendite erzielen. Besonders renditestark zeigten sich im vergangenen Jahr jedoch die kleinen (weniger als 20 Mitarbeiter) und binnenorientierten Unternehmen. Sie konnten im Vergleich zu den größeren und auch den exportorientierten Unternehmen stärker zulegen und deren Renditevorsprung teilweise aufholen.

Umsatzkennzahlen 2012: Ausblick positiv, jedoch verhaltener

Ein Blick auf die erwartete Entwicklung zentraler Umsatzkennzahlen für das Jahr 2012 stimmt verhalten optimistisch. Gut ein Drittel der Industrieunternehmen rechnet mit steigenden Umsätzen im In- bzw. Ausland. Vor einem Jahr prognostizierte über die Hälfte der Unternehmen steigende Umsätze sowohl im In- als auch im Ausland. Von sinkenden Umsätzen auf den jeweiligen Märkten geht aktuell rund ein Fünftel aus. Im Vergleich zur Vorjahresbefragung sind die Industrieunternehmen verhaltener, es ist jedoch noch immer mit einem positiven Abschluss des laufenden Jahres zu rechnen.

Die Erwartungen im Hinblick auf die Umsatzrendite unterscheiden sich in den einzelnen Größenklassen nicht. Dabei halten sich die Anteile der Unternehmen mit positiven und negativen Erwartungen die Waage. Die Unternehmen erwarten, die steigenden Kosten für Rohstoffe und Energie entweder durch Produktivitätszuwächse oder Preissteigerungen kompensieren zu können.

2.2 Beschäftigung in der Industrie: Aufholprozess zeigt Wirkung

Der Aufholprozess der deutschen Industrieunternehmen nach dem starken Einbruch aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt nun auch Auswirkungen auf den Beschäftigtenstand. Nach zwei Jahren des Beschäftigungsabbaus wurde im vergangenen Jahr ein Beschäftigungsplus im Inland von 1,3 % verzeichnet. Die konjunkturelle Erholung hatte zuvor keine positiven Effekte auf die Beschäftigtenzahlen, weil zunächst vorhandene Kapazitäten ausgeschöpft werden mussten. Zur Erinnerung: Die krisenbedingten Umsatz- und Produktionsrückgänge waren zu großen Teilen durch Kürzung der geleisteten Arbeitsstunden und einen Rückgang der Produktivität aufgefangen worden.

Beschäftigung aufbauen konnten im vergangenen Jahr Unternehmen aller Größenklassen, mit Ausnahme der kleinen Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern. Aufgrund der positiven Entwicklung der Inlandsnachfrage gelang es den binnenorientierten und den Unternehmen mit geringer Exportbeteiligung, vermehrt Beschäftigung aufzubauen. In der Vergangenheit war dies speziell den überdurchschnittlich exportorientierten Unternehmen gelungen.

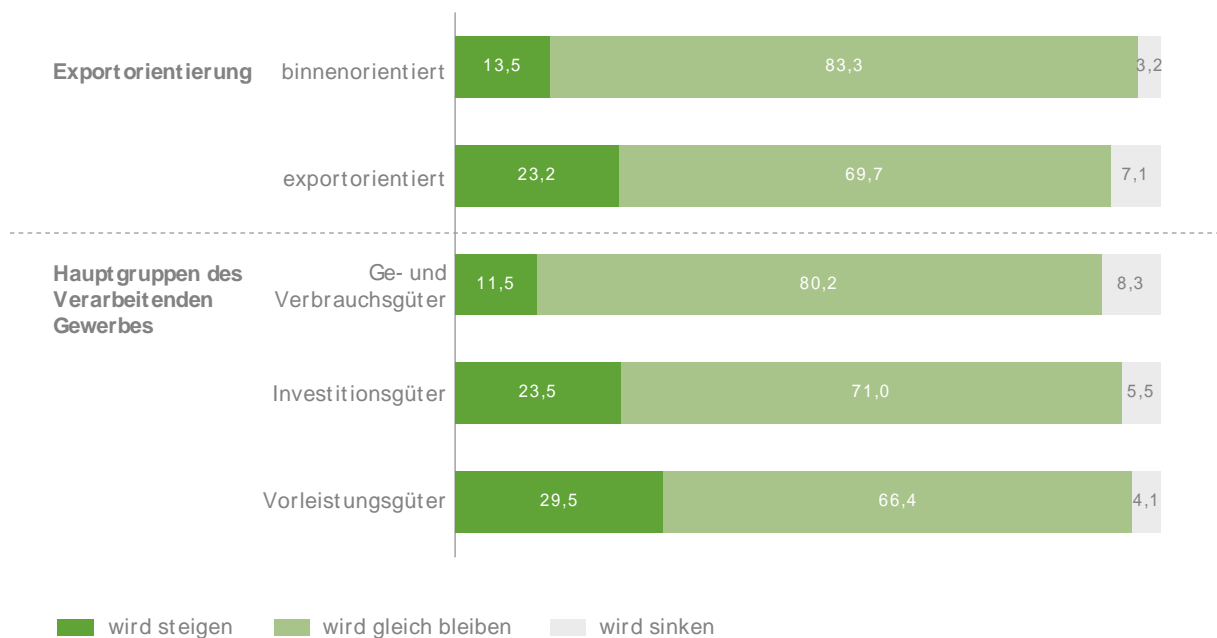
Ein Drittel der Unternehmen hat Personal eingestellt

In der Frühjahrsbefragung 2011 hatte ein Viertel der Industrieunternehmen eine Ausweitung der Belegschaft im Inland geplant. Letztendlich gelang dies einem Drittel der Unternehmen. Besonders positiv gestaltete sich die Entwicklung in den Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern: Mehr als jedes zweite dieser Unternehmen erzielte ein Beschäftigungsplus. Gleichzeitig sahen im Frühjahr 2011 10 % der Industrieunternehmen einen Beschäftigungsabbau vor. Tatsächlich reduzierte jedoch ein Drittel der Unternehmen die Mitarbeiterzahl, wobei sich in diesem Punkt nur leichte Unterschiede im Größenvergleich zeigen. Dies spiegelt die Entwicklung des vergangenen Jahres wider, als im ersten Halbjahr die Erwartungen übertroffen wurden, die Entwicklung im zweiten Halbjahr jedoch etwas ins Stocken geriet.

Ausblick 2012: Geringer Beschäftigungszuwachs erwartet

Den Planungen für das Jahr 2012 zufolge werden 18,9 % der Industrieunternehmen die Inlandsbeschäftigung ausweiten (vgl. Abbildung 7). Eine Rückführung der Mitarbeiterzahl sehen nur wenige Unternehmen vor (5,2 %). Zwar erlauben die aktuellen Konjunkturaussichten verhalten positive Umsatzprognosen, die jedoch überwiegend mit den vorhandenen Personalkapazitäten aufgefangen werden können. Die positiven Impulse auf die Inlandsbeschäftigung, die in der Vergangenheit häufig aus dem Ausland kamen, sind zwar auch für 2012 feststellbar, allerdings nicht in dem gewohnten Ausmaß. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes lassen die Vorleistungsgüterproduzenten deutlichere Impulse auf den Arbeitsmarkt erwarten. Auch die Hersteller von Investitionsgütern planen häufiger eine Ausweitung der Personalkapazitäten als die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten.

Abbildung 7
Für 2012 erwartete Entwicklung der Inlandsbeschäftigung



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 976

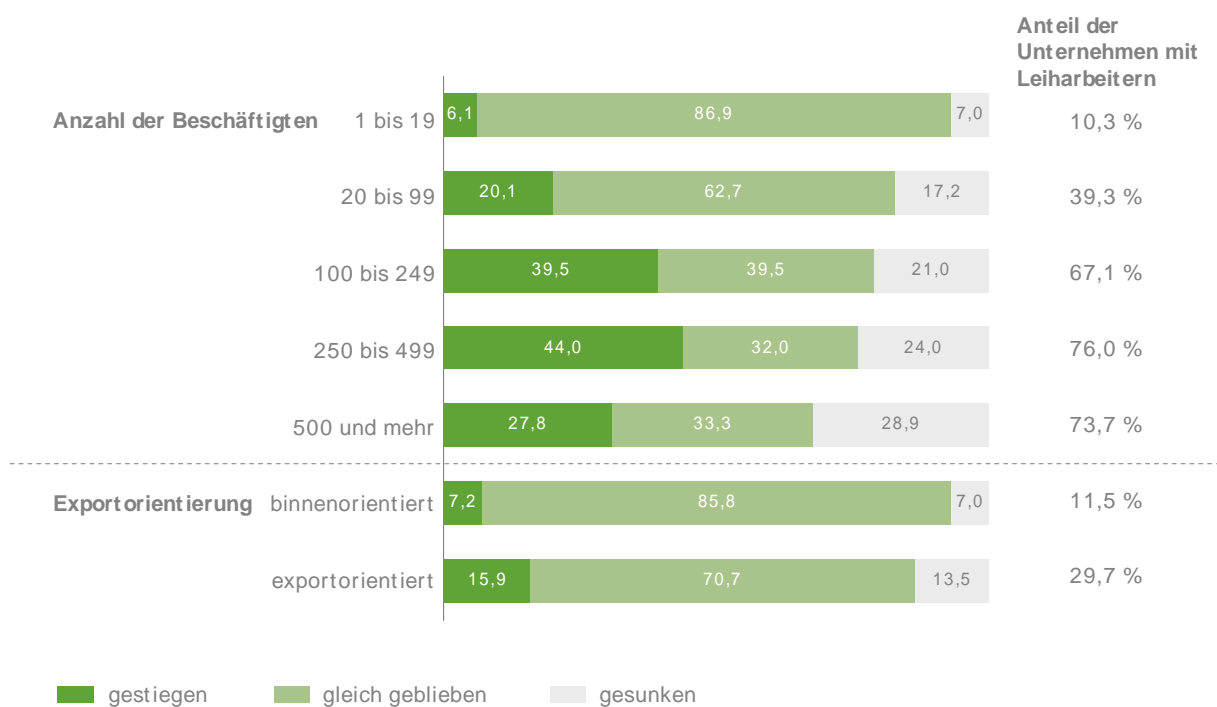
© IfM Bonn 1/2012

Nutzung von Leiharbeit bleibt auf hohem Niveau

Während des konjunkturellen Abschwungs in der Finanz- und Wirtschaftskrise ermöglichte der Abbau von Leiharbeit, neben der Anmeldung von Kurzarbeit, eine kurzfristige Anpassung der Produktionskapazitäten. Beide Instrumente verschafften den Unternehmen die nötige Flexibilität, um das Stammpersonal über die Krise hinweg halten zu können. Nach der Krise wurde die Kurzarbeit recht schnell wieder eingestellt und die Zahl der Leiharbeiter aufgestockt. Im Laufe des Jahres 2010 stieg die Zahl der deutschen Industrieunternehmen, die Leiharbeiter beschäftigen, um 10 Prozentpunkte auf ein Viertel an. Im vergangenen Jahr hat sich sowohl die Verbreitung der Arbeitnehmerüberlassung (21,4 %) als auch die Zahl der in die Industrie entliehenen Arbeitnehmer in etwa auf dem Vorjahresniveau gehalten.

Im Jahr 2011 blieb in drei von vier Industrieunternehmen die Zahl der Leiharbeiter unverändert. Besonders aktiv in diesem Arbeitsmarktsegment zeigen sich im Allgemeinen Unternehmen der oberen Größenklassen sowie exportorientierte Unternehmen. Diese beschäftigten im letzten Jahr insgesamt zu einem höheren Anteil Leiharbeiter und wiesen zudem größere Veränderungen des Bestands an Leiharbeitern auf als kleine und binnenorientierte Unternehmen. Letztere nutzten nur zu etwa 10 % Leiharbeit und es wurden nur geringe Anpassungen vorgenommen (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8
Entwicklung der Zahl der Leiharbeiter im Jahr 2011



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.001

© IfM Bonn 1/2012

Für das laufende Jahr 2012 beabsichtigen die Industrieunternehmen mehrheitlich kaum Veränderungen bei der Nutzung von Leiharbeit. Lediglich 4,8 % der Unternehmen planen eine Ausweitung der Zahl ihrer Leiharbeitskräfte; 11 % planen eine Rückführung. Erneut zeigt sich mit der Unternehmensgröße ein höheres Maß an Aktivität. Prognostiziert ein Unternehmen für 2012 eine Steigerung der Umsatzzahlen, ist häufiger eine Ausweitung von Leiharbeit angedacht (in 11,7 % der Unternehmen). In noch größerem Ausmaß (36,1 %) sehen umsatzsteigernde Unternehmen jedoch eine Ausweitung der Stammbesetzung vor.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die deutschen Industrieunternehmen einen nachhaltigen Wachstumspfad eingeschlagen haben – Umsatz und Beschäftigung steigen. Nach wie vor sorgen jedoch sowohl marktendogene als auch exogene Faktoren für Unsicherheit, die sich in den vorsichtigen Prognosen widerspiegeln.

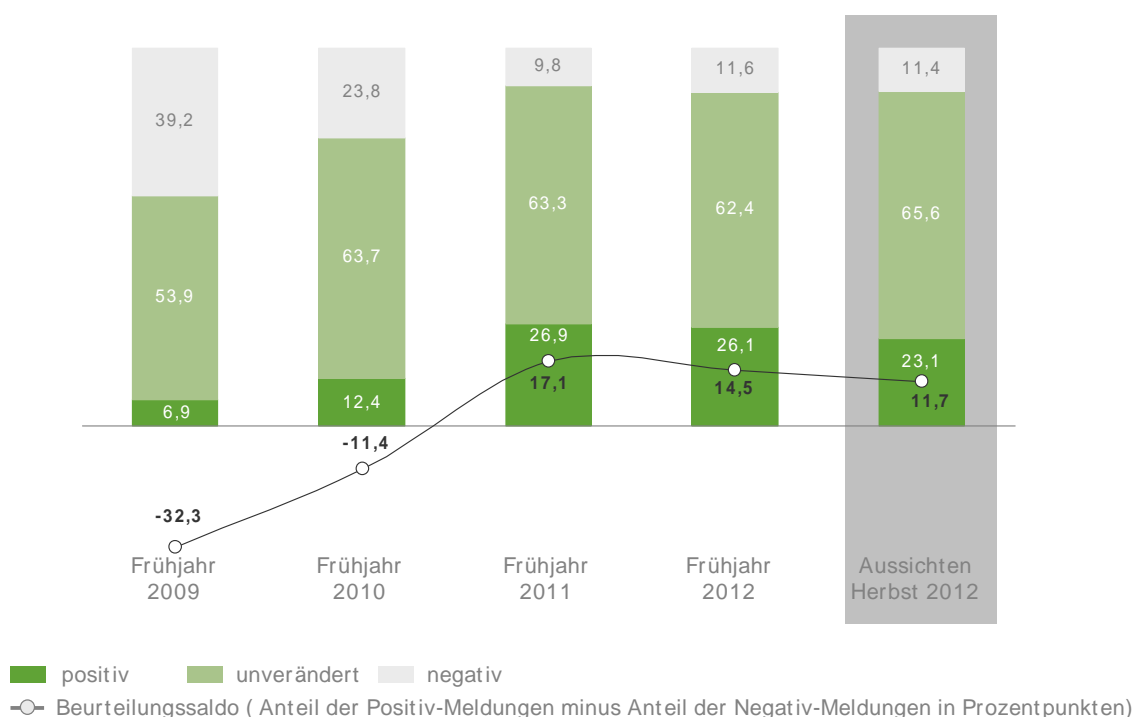
3 Finanzierungs- und Investitionsbedingungen

Entgegen manchen Befürchtungen zeigen sich die Finanzierungsbedingungen im industriellen Mittelstand auf konstant gutem Niveau. Auch für die kommenden Monate werden keine Einschränkungen erwartet. Verantwortlich dafür ist vornehmlich die gute Geschäftslage. Diese erlaubt eine Aufstockung der Eigenkapitalbasis und eine zunehmende Unabhängigkeit von externer Finanzierung. Das Investitionsgeschehen des letzten als auch des aktuellen Jahres verlaufen daher parallel zur Entwicklung der Unternehmenskennzahlen: Stabile, aufwärts gerichtete Entwicklung im Jahr 2011, die im Jahr 2012 fortgesetzt wird.

3.1 Finanzierungsbedingungen bleiben mehrheitlich entspannt

Aufgrund der großen Interdependenzen zwischen der Finanzierung von Staaten, Banken und Unternehmen der Realwirtschaft werfen Diskussionen über die Staatsschuldenkrise in Europa immer wieder Fragen hinsichtlich möglicher Konsequenzen für den Finanzsektor und die Finanzierung von Unternehmen auf. Die Umfrageergebnisse des BDI-Mittelstandspanels liefern allerdings keinerlei Hinweise auf eine akute Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die deutsche Industrie. Die kontinuierliche Verbesserung des Finanzierungsumfelds seit dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise im Frühjahr 2009 hat sich zwar nicht fortgesetzt: Der Saldo der Finanzierungsbedingungen hat um 2,6 Punkte auf einen Wert von 14,5 nachgegeben (vgl. Abbildung 9). Da die Unternehmen davon ausgehen, dass dieses Niveau im Verlauf des Jahres in etwa gehalten wird, ist jedoch von einer stabilen Finanzierungssituation auszugehen.

Abbildung 9
Entwicklung der Finanzierungsbedingungen im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 988

© IfM Bonn 1/2012

Stabile Finanzierungslage auf breiter Front

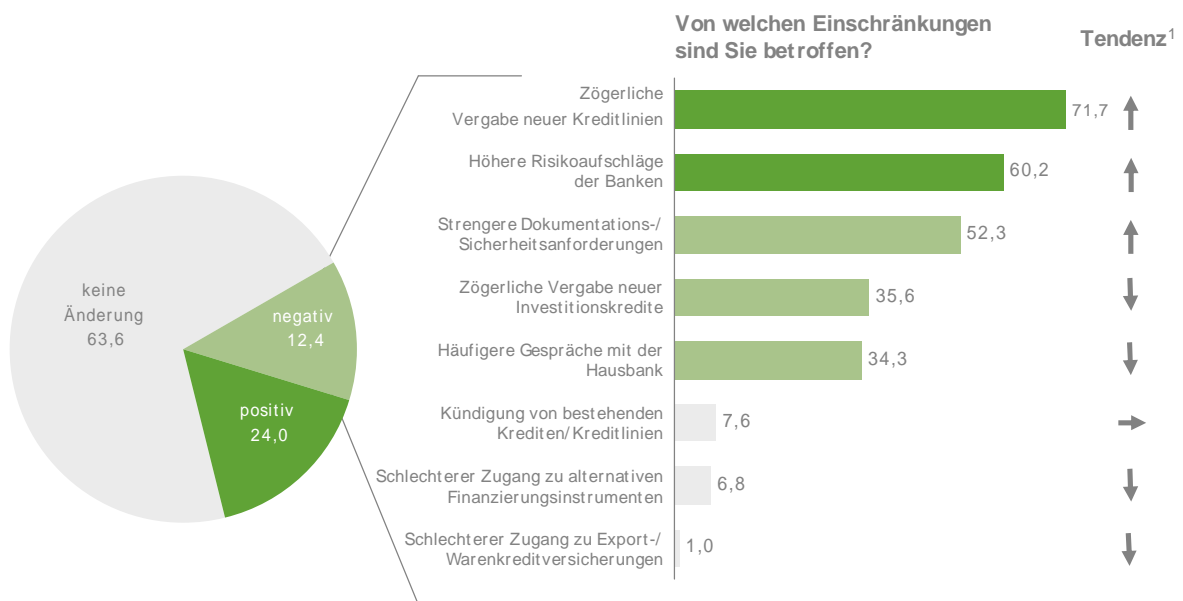
Die Entwicklung ihrer Finanzierungsbedingungen hatten in den vergangenen Befragungen meist die größeren und auslandsaktiven Unternehmen positiv beurteilt. Aktuell zeigt sich ein ausgeglicheneres Bild – die kleineren und

binnenorientierten Unternehmen unterscheiden sich in ihrer Beurteilung kaum noch von der Vergleichsgruppe. Auch sie geben keine Hinweise auf eine negative Entwicklung der Unternehmensfinanzierung im laufenden Jahr.

Verfügbarkeit von Kreditlinien bleibt größtes Problem

Die Panelergebnisse der Jahre 2009 und 2010 zeigten, dass die Verfügbarkeit von Kreditlinien als häufigste Ursache verschlechterter Finanzierungsbedingungen genannt wurde. Daran hat sich in der aktuellen Befragung nichts geändert: Nach 67 % im Frühjahr 2010 berichten erneut 72 % der Unternehmen, deren Finanzierungsbedingungen sich verschlechtert haben, über eine zögerliche Vergabe neuer Kreditlinien (vgl. Abbildung 10). Im Größenvergleich zeigt sich, dass vor allem kleinere Unternehmen häufiger betroffen sind. Höhere Risikoaufschläge ihrer Banken beklagt ebenfalls eine höhere Zahl der befragten Unternehmen (60,2 % der Nennungen), insbesondere der investierenden Unternehmen. Eine Verschlechterung aller weiteren Finanzierungsaspekte wird deutlich seltener und im Vergleich zur Vorbefragung meist mit rückläufiger Tendenz genannt. Eine Entspannung ist insbesondere bei dem Zugang zu alternativen Finanzierungsinstrumenten sowie Export- und Warenkreditversicherungen zu beobachten.

Abbildung 10
Veränderung der Finanzierungsbedingungen in den letzten 6 Monaten



¹ Tendenzuelle Entwicklung im Vergleich zum Frühjahr 2010
Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 988 | Mehrfachnennungen | Basis: n = 114 (307 Antworten)

Eigenkapitalausstattung nach wie vor gut, Tendenz weiter steigend

Während der Wirtschaftskrise stand die Befürchtung im Raum, dass die Umsatzeinbrüche bei gleichzeitig hoher Kostenbelastung zu Lasten von Liquidität und Eigenkapital gehen würden. Im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung der Industrieunternehmen zeigte sich bereits im Herbst 2010, dass trotz Krise eine Erhöhung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2007 erreicht werden konnte. Diese positive Entwicklung hat sich seitdem fortgesetzt – der Anteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von mehr als 20 % ist auf nun 59,8 % gestiegen (Jahr 2007: 54,1 %). Und die Bestrebungen der Unternehmen gehen weiter in Richtung Ausweitung

ihrer finanziellen Basis. Über 70 % der Unternehmen streben eine Eigenkapitalquote von mehr als 20 % an, vier von zehn sogar eine Quote von mehr als 35 %.

Eine hinreichende Ausstattung mit Eigenkapital bringt neben einer größeren Unabhängigkeit von externen Geldgebern und der damit einhergehenden Flexibilität bei Investitionsvorhaben auch finanzielle Sicherheit und Stabilität bei Nachfrageausfällen. Daher berichten Unternehmen mit höherer Eigenkapitalquote seltener von einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen und fühlen sich besser für mögliche konjunkturelle Rückschläge gerüstet.

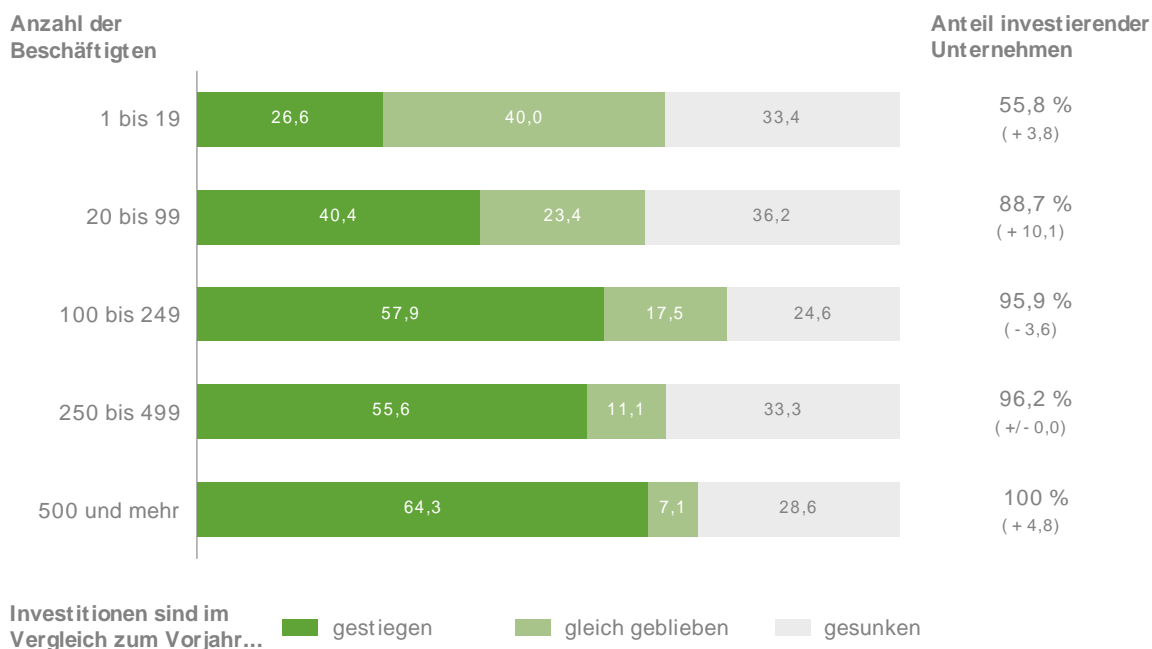
3.2 Unternehmensinvestitionen bleiben auf Erholungskurs

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung bedarf einer regelmäßigen Erneuerung des Kapitalstocks. Nur so kann den Kundenanforderungen entsprochen und mit technischen Neuerungen Schritt gehalten werden. Dies ist Voraussetzung für die Sicherung und Ausweitung von Marktanteilen auf weltweit konkurrierenden Märkten. Nach dem krisenbedingten Einbruch der Investitionen in Sachanlagen erholte sich die Investitionsbereitschaft insbesondere der größeren und exportorientierten Industrieunternehmen in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs recht schnell. Der Erholungskurs konnte auch im vergangenen Jahr beibehalten werden. Hatte im Krisenjahr 2009 nur gut die Hälfte der Unternehmen investiert, stieg die Investitionstätigkeit bis zum Jahr 2011 kontinuierlich auf 65,1 % an. Damit wurden das Vorkrisenniveau wieder erreicht und zudem die Erwartungen des Vorjahres übertroffen. Insbesondere die Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten zeigten im Verlauf des vergangenen Jahres eine höhere Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr (+3,8 bzw. +10,1 Prozentpunkte, vgl. Abbildung 11).

Große und mittlere Unternehmen weiteten Investitionsvolumen aus

Die insgesamt positive Entwicklung der Investitionstätigkeit spiegelt sich auch in einer Ausweitung des Investitionsvolumens wider. Eine Steigerung der Investitionssumme im Vergleich zum Jahr 2010 ist dabei besonders häufig bei den Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern zu beobachten, zwischen 55,6 und 64,3 % dieser Unternehmen. Trotz der positiven Entwicklung bezüglich des Anteils investierender Unternehmen wurde das Investitionsvolumen der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten seltener ausgeweitet (26,6 bzw. 40,4 % dieser Unternehmen, vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11
Entwicklung der Unternehmensinvestitionen im Jahr 2011



Angaben in Prozent | () Veränderung i.V. zum Vorjahr in Prozentpunkten | Werte hochgerechnet | Basis: n = 987

© IfM Bonn 1/2012

Zurückhaltende Entwicklung der Investitionen erwartet

Im Vergleich zur recht dynamischen Entwicklung der Investitionen in Sachanlagen im vergangenen Jahr sind die Aussichten für das laufende Jahr etwas zurückhaltender. Der Anteil der investierenden Industrieunternehmen wird den aktuellen Planungen zufolge leicht auf 62,5 % zurückgehen. Verantwortlich dafür sind speziell die Erwartungen der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Diese hatten im Jahr 2011 ihre Investitionstätigkeit ausgeweitet. Sie haben daher im laufenden Jahr seltener Investitionsbedarf. Verhalten stimmt zudem das Ergebnis, dass mit 28 % weniger Unternehmen eine Steigerung der Investitionssumme beabsichtigen als im Vorjahr. Damals hatte ein Drittel derartige Pläne. Zurückhaltung bei der Gestaltung der Investitionsbudgets zeigen Unternehmen aller Größen. Besonders ausgeprägt ist sie jedoch in den Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern, die trotz einer immer noch hohen Investitionsneigung seltener als im Vorjahr eine Steigerung des Investitionsvolumens planen.

Die Entscheidung für oder gegen ein Investitionsvorhaben wird unter anderem von der Nachfrage, der prognostizierten Rendite, den personellen Kapazitäten zur Umsetzung, aber auch von den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln beeinflusst. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels zeigen immer wieder, dass die Bedeutung einer guten Eigenkapitalbasis für die strategische Ausrichtung der Unternehmensfinanzierung steigt. In der aktuellen Befragung wurde nun quantitativ erhoben, welche Bedeutung eigene Mittel und andere Finanzierungsbau- steine für die im Jahr 2012 geplanten Sachinvestitionen haben.

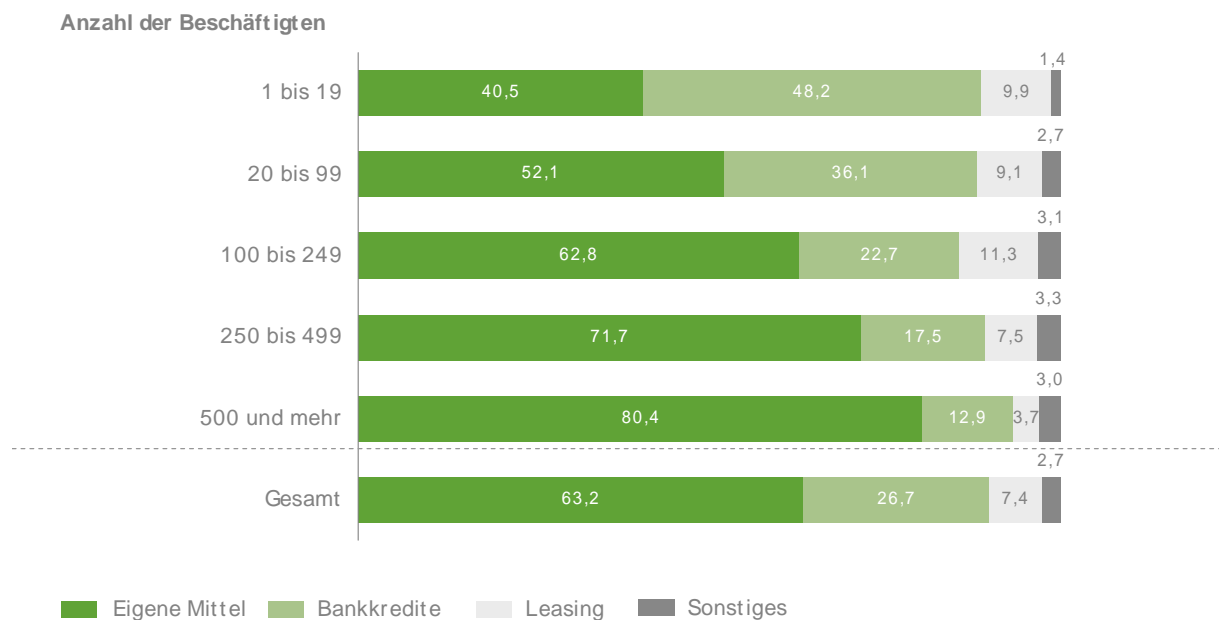
Zwei Drittel der geplanten Investitionen sollen durch eigene Mittel finanziert werden

Die mit Abstand größte Bedeutung bei der Finanzierung der geplanten Investitionen kommt den eigenen Mittel zu – fast zwei Drittel aller Investitionen werden aus dieser Quelle finanziert (vgl. Abbildung 12). Gut jeder vierte Euro,

den die deutschen Industrieunternehmen im Jahr 2012 investieren, wird über den klassischen Bankkredit finanziert. Über Leasing werden 7,4 % der industriellen Investitionssumme getätigt.

Abbildung 12

Finanzierungsbausteine der geplanten Sachinvestitionen im Jahr 2012



Angaben in Prozent der geplanten Investitionssumme | Werte hochgerechnet | Basis: n = 967

© IfM Bonn 1/2012

Der Größenvergleich zeigt, dass der Anteil der Investitionen, die aus eigenen Mitteln gespeist werden, kontinuierlich von etwa 40 % in kleinen Unternehmen auf gut 80 % in größeren Unternehmen ansteigt. Umgekehrt verhält es sich mit den Finanzierungsanteilen des Bankkredits und des Leasings – deren Bedeutung fällt mit der Unternehmensgröße. Dieses Ergebnis zeigt die mit der Unternehmensgröße steigende interne Finanzkraft und die damit einhergehende Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeit.

4 Fach- und Führungskräftemangel in der Industrie?

Die rückläufige Zahl der zur Verfügung stehenden Fach- und Führungskräfte stellt die mittelständischen Industrieunternehmen aktuell und noch mehr in den kommenden Jahren vor Herausforderungen. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels zeigen, dass die Probleme, Arbeitskräfte zu finden, größer geworden sind: Gut die Hälfte der deutschen Industrieunternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten hat derzeit Schwierigkeiten, freie Stellen in angemessener Zeit zu besetzen. Gesucht werden vor allem Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung. Es zeigt sich auch, dass es in den vergangenen Jahren immer schwerer geworden ist, geeignete Auszubildende zu finden. Hauptursache für die Nichtbesetzung der offenen Stellen ist die fehlende Qualifikation bei den Bewerbern. Die Unternehmen begegnen den Herausforderungen vor allem durch die Weiterbildung ihrer Belegschaft. Gleichzeitig erwartet der industrielle Mittelstand von der Politik, dass die schulische Ausbildung verbessert, die Arbeit am (Aus-) Bildungssystem vorangetrieben und öffentliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgeweitet werden.

4.1 Verfügbarkeit von Fach- und Führungskräften

Die gute wirtschaftliche Lage hat dazu geführt, dass die mittelständischen Industrieunternehmen im Jahr 2011 wieder vermehrt Personal eingestellt haben (siehe Kap. 1.3). Für das laufende Jahr ist eine weitere leichte Ausweitung der Personalkapazitäten geplant. Da neben Kapazitätsausweitungen auch die übliche Fluktuation zu freien Stellen führt, ergab die aktuelle Frühjahrsbefragung, dass vier von zehn Unternehmen derzeit freie Stellen haben. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich damit – nach einem Rückgang während der Krisenjahre – wieder auf hohem Niveau.

Dabei sind es wiederholt Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, die Personal suchen: Zwei Drittel dieser Unternehmen hatte im Jahr 2010 Bedarf an Arbeitskräften, aktuell sind es fast 80 %. Aber auch kleine Unternehmen (weniger als 20 Mitarbeiter) haben häufiger Bedarf. Dabei gilt: Unternehmen, die bereits 2011 neue Arbeitskräfte eingestellt haben, haben im Verhältnis zu ihren Beschäftigten die größte Anzahl freier Stellen. Für diese Unternehmen setzt sich die positive Entwicklung des vergangenen Jahres fort: Sofern sie ihre offenen Stellen besetzen können, werden sie auch 2012 weiter wachsen.

Probleme bei der Stellenbesetzung steigen

Während des konjunkturellen Abschwungs im Herbst 2008 hatten rund drei von zehn aller Industrieunternehmen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen. Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften im Zuge der wirtschaftlichen Erholung hat zu einer Zunahme der Stellenbesetzungsprobleme geführt. Aktuell berichten 35,7 % aller mittelständischen Industrieunternehmen von Schwierigkeiten. Während jedes zweite aller Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten Probleme bei der Stellenbesetzung hat, sind es bei den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten mit drei von zehn deutlich weniger. Auch Unternehmen, die sich in einer guten wirtschaftlichen Lage befinden, haben überdurchschnittlich häufig freie Stellen und gleichzeitig häufiger Probleme, diese Stellen in einer angemessenen Zeit zu besetzen.

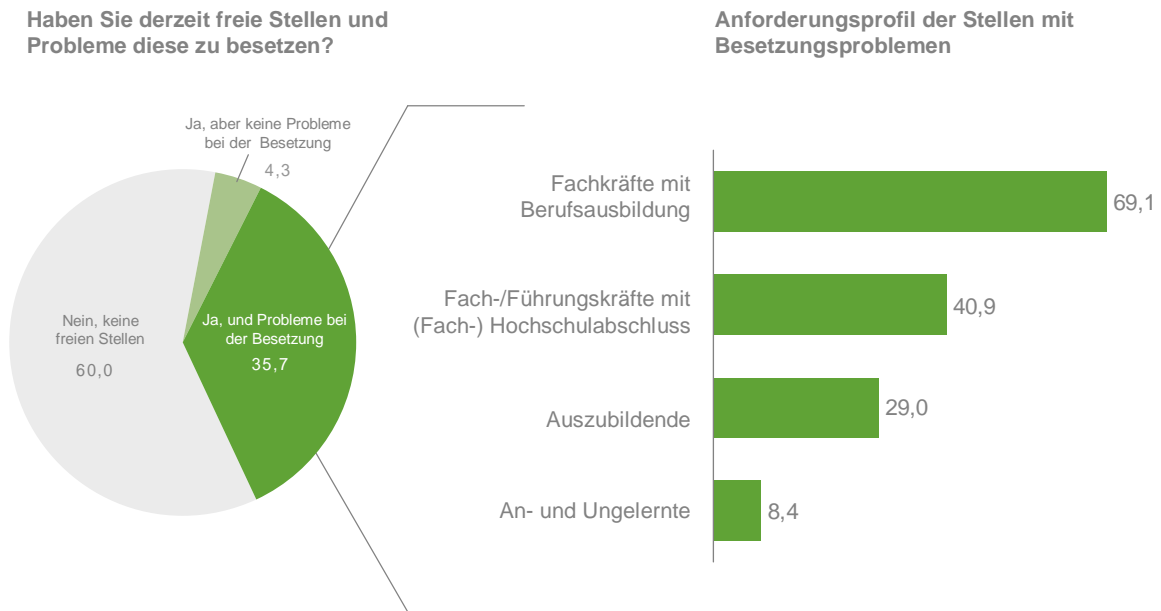
Suche nach Fachkräften mit Berufsausbildung bleibt schwierig

Die Probleme bei der Stellenbesetzung konzentrieren sich, wie auch schon in den vergangenen Jahren, auf das Segment der Fachkräfte mit Berufsausbildung. Hat ein Unternehmen Probleme bei der Stellenbesetzung, bestehen diese in 69,1 % der Fälle in diesem Qualifikationssegment (vgl. Abbildung 13). Im Vergleich zur Herbstbefragung 2008 sind die Probleme bei der Suche nach Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung rückläufig.

Volatiler sind die Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen mit akademischem Anforderungsprofil. Die Entwicklung im Zeitverlauf zeigt, dass die konjunkturelle Schwächeperiode kurzfristig zu einer Entspannung in diesem Marktsegment geführt hat, der Bedarf mittlerweile aber wieder deutlich ansteigt. Aktuell klagen vier von zehn Unternehmen über Probleme bei der Besetzung von derartigen Stellen – vor allem Unternehmen mit mehr als 20

Beschäftigten. Diese haben in 57,3 % der Fälle Schwierigkeiten bei der Suche nach Bewerbern mit entsprechendem Profil.

Abbildung 13
Besetzungsprobleme und Anforderungsprofil offener Stellen



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.012
Mehrfachnennungen | Basis: n = 360 (631 Antworten)

© IfM Bonn 1/2012

Nachwuchssorgen werden größer

Eine Verschärfung der Stellenbesetzungsprobleme lässt sich auf dem Ausbildungsmarkt erkennen. Hier dürften nicht zuletzt die ersten Auswirkungen des demografischen Wandels zu spüren sein, so dass immer mehr Unternehmen Nachwuchssorgen plagen: Mittlerweile klagen drei von zehn Unternehmen mit freien Ausbildungsplätzen über Schwierigkeiten bei deren Besetzung. Das sind knapp doppelt so viele wie im Jahr 2008. Die Suche nach geeigneten Auszubildenden wird somit schwieriger.

Im Gegensatz dazu bleibt der Anteil der Unternehmen mit Stellenbesetzungsproblemen bei an- und ungelerntem Personal konstant unter 10 %. Zwar dürften im Zuge des Aufschwungs mehr Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen worden sein, insgesamt haben die befragten Unternehmen aber kaum Probleme, offene Stellen mit geeignetem Personal zu besetzen.

Ausblick: Besetzung von Fachkräften mit Berufsausbildung wird schwieriger

Die Prognose der Industrieunternehmen für die Entwicklung der Bedingungen zur Mitarbeitergewinnung in den verschiedenen Qualifikationssegmenten in den nächsten beiden Jahren lässt auf eine Verschlechterung schließen. Vor allem für das Segment der Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung rechnen die Unternehmen mit schlechteren Rekrutierungsmöglichkeiten. Jedes zweite Unternehmen äußert hier Bedenken. Auch die Suche nach Akademikern und Auszubildenden dürfte schwieriger werden, so die Einschätzung von rund 40 % der befragten Unternehmen. Vor dem Hintergrund, dass die Auszubildenden von heute die Fachkräfte von morgen sind, darf die oben skizzierte Entspannung auf dem Segment für Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung nicht

vorschnell als Entwarnung interpretiert werden. Lediglich im Segment der an- und ungelerten Mitarbeiter werden mehrheitlich konstante Bedingungen erwartet.

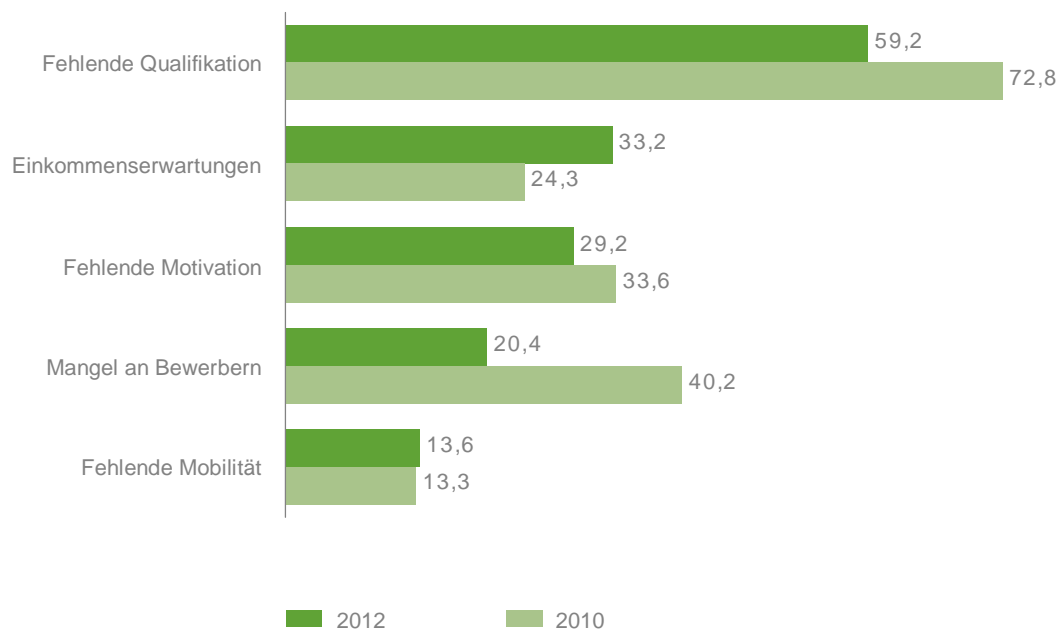
Hauptursache für Stellenbesetzungsprobleme bleibt fehlende Qualifikation

Bei der Suche nach den Ursachen für die Probleme bei der Besetzung freier Stellen wird klar, dass speziell qualitative Aspekte ausschlaggebend sind. Wie bereits in den vergangenen Befragungen zu diesem Thema bemängeln die Unternehmen in erster Linie die fehlende Qualifikation der Bewerber. In sechs von zehn Fällen ist das der Hauptgrund für Stellenbesetzungsprobleme (vgl. Abbildung 14). Besonders häufig treffen die Unternehmen bei der Suche nach Auszubildenden oder Fachkräften mit Berufsausbildung auf diese Problematik. Im Vergleich zu 2010 ist dieses Problem allerdings geringer geworden, damals war das Fehlen der Qualifikation in sieben von zehn Fällen problematisch. Möglicherweise haben die Unternehmen ihre Anforderungen im Hinblick auf die gewünschten Qualifikationen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften gesenkt.

In einem Drittel der Fälle sehen die Unternehmen sich mit zu hohen Einkommenserwartungen der Bewerber konfrontiert, was damit im Vergleich zu 2010 zunehmend zum Hindernis für einstellungswillige Unternehmen wird. Zu hohe Gehaltsforderungen führen vor allem bei Bewerbern um Stellen mit akademischem Anforderungsprofil zu Besetzungsproblemen. Erschwert wird die Suche nach geeigneten Bewerbern auch durch die fehlende Motivation, die in drei von zehn Fällen für Unternehmen zum Problem bei der Besetzung von freien Stellen wird. Motivationsprobleme treten am häufigsten bei an- und ungelerten Bewerbern auf.

Gaben die Unternehmen im Herbst 2010 die fehlende Resonanz auf Stellenausschreibungen als zweitgrößtes Hindernis bei der Personalsuche an (40 % der Fälle), führt dieses Problem derzeit in einem Fünftel der Fälle zu Schwierigkeiten. Vor allem Unternehmen auf der Suche nach Fachkräften mit Berufsausbildung und Auszubildenden fehlen häufiger Bewerber. Vergleichsweise selten verhindert die fehlende Mobilität von Bewerbern die zügige Besetzung freier Stellen (13,6 % der Fälle).

Abbildung 14
Gründe für die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Mehrfachnennungen | Basis: n = 359 (559 Antworten)

© IfM Bonn 1/2012

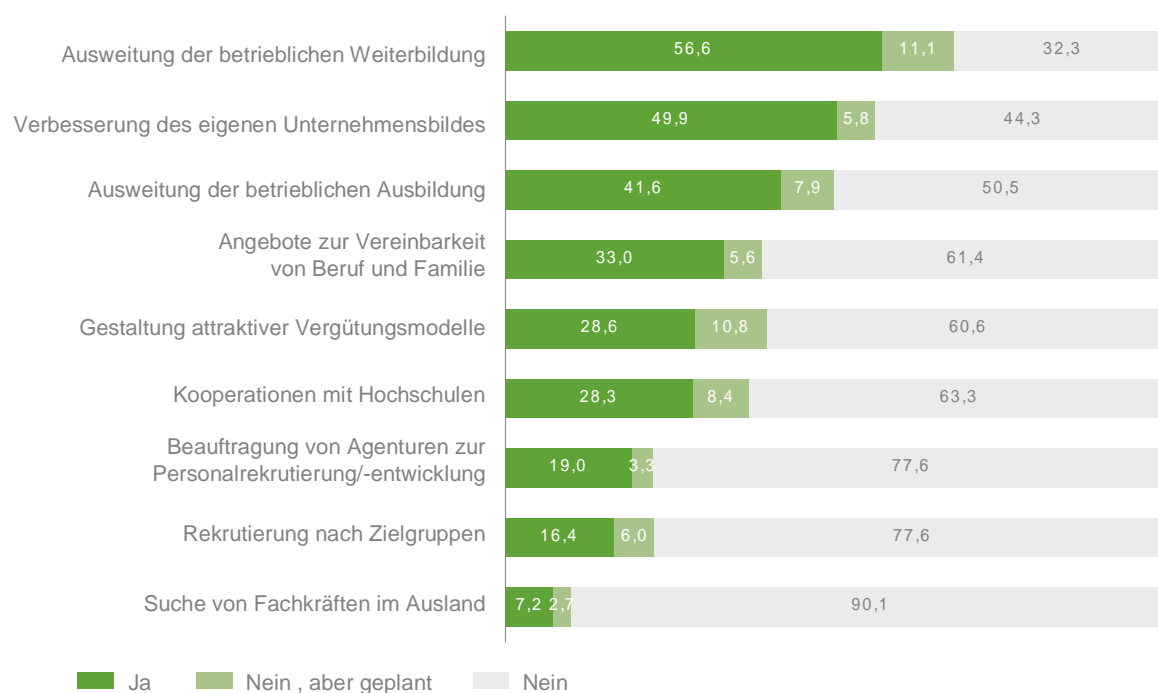
4.2 Unternehmerische Maßnahmen zur Sicherung des Fach- und Führungskräftebedarfs

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung des BDI-Mittelstandspanels zeigen, dass die große Mehrheit der industriellen Unternehmen die Notwendigkeit erkannt hat, den eigenen Fachkräftebedarf zu sichern. Neun von zehn Unternehmen führen eigene Maßnahmen zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfs durch. Zwar sind die Unternehmen mit steigender Unternehmensgröße aktiver, aber auch kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern zeigen sich überaus aktiv (86,7 %).

Fachkräfteengpass: Unternehmen setzen auf interne Weiterbildung

Zu den wichtigsten Maßnahmen, um Fachkräfteengpässen zu begegnen, gehört – wie in den vergangenen Jahren – die Ausweitung der betrieblichen Weiterbildung. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Weiterbildungsmaßnahmen ausweiten, steigt im Vergleich zu 2010 leicht von 53,7 % auf 56,6 % an (vgl. Abbildung 15). Bei den Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten haben sogar drei Viertel der Befragten Maßnahmen zur Ausweitung der Weiterbildung ergriffen. Nicht verwunderlich ist auch, dass Unternehmen mit Rekrutierungsproblemen überdurchschnittlich häufig die Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter ausweiten, um ihren zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken.

Abbildung 15
Maßnahmen zur Sicherung des Angebots an Fach-/Führungskräften



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 975

© IfM Bonn 1/2012

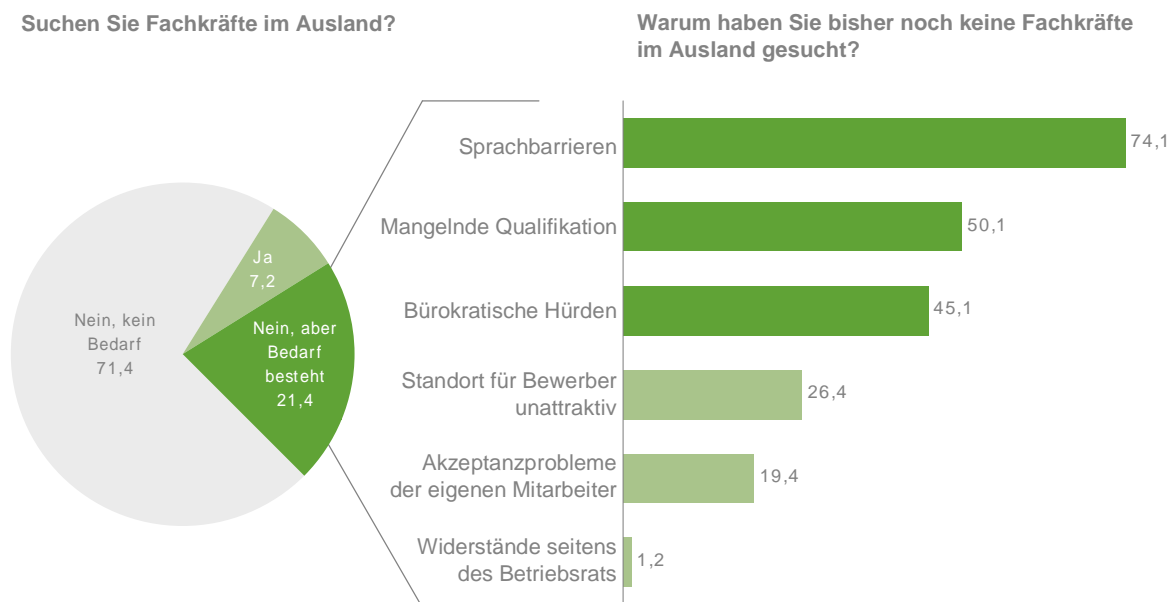
In diese Befragung wurde die Verbesserung des eigenen Unternehmensbildes in der Öffentlichkeit neu in den Maßnahmenkatalog aufgenommen. Eigenen Angaben zufolge widmet sich knapp die Hälfte der befragten Unternehmen diesem Thema, um den zukünftigen Fach- und Führungskräftebedarf zu sichern. Vor allem größere Unternehmen sind hier sehr aktiv. Der Aufbau eines positiven Unternehmensbildes und die Positionierung als attraktiver Arbeitgeber werden unter dem Stichwort „Employer Branding“ auch für mittelständische Unternehmen immer wichtiger. Für die zunehmende Bedeutung einer positiven Unternehmenswahrnehmung bei der Personalgewinnung spricht auch, dass die Kooperation mit Hochschulen und Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräfteverfügbarkeit im Vergleich zu den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben.

An dritter Stelle der wichtigsten Maßnahmen rangiert die Ausweitung der betrieblichen Ausbildung. Vier von zehn Unternehmen sehen das als geeignetes Mittel zur Deckung ihres zukünftigen Fachkräftebedarfs – ebenso viele wie im Jahr 2008. In Abhängigkeit von der Unternehmensgröße ist hier eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: Drei Viertel der Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten und damit mehr als 2008 wollen die betriebliche Ausbildung ausweiten. Bei den Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten sinkt die Anzahl der Unternehmen mit derartigen Plänen und liegt derzeit bei rund einem Drittel.

Suche nach Fachkräften im Ausland spielt bislang nur untergeordnete Rolle

Von nachrangiger Bedeutung für die Sicherung des Fach- und Führungskräftebedarfs ist die Suche im Ausland – nur 7,2 % der Unternehmen haben diesen Weg eingeschlagen. Auf die Suche nach ausländischen Fachkräften machten sich vor allem Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigte (22,2 %). Kleinere Unternehmen stoßen hier wohl aufgrund ihrer finanziellen und personellen Ressourcen schnell an ihre Grenzen, abgesehen davon, dass sie häufig auch wenig Kontakte ins Ausland haben.

Abbildung 16
Gründe gegen eine Suche nach Fachkräften im Ausland



Angaben in Prozent der Fälle | Werte hochgerechnet | Basis: n = 950
Mehrfachnennungen | Basis: n = 194 (419)

© IfM Bonn 1/2012

Fachkräfte aus dem Ausland: Unternehmen sehen derzeit geringen Bedarf

Befragt nach den Gründen, warum bei der Suche nach Fach- und Führungskräften bislang auf den Schritt über die eigenen Landesgrenzen hinaus verzichtet wurde, zeigt sich ein eindeutiges Ergebnis: ‚Kein Bedarf‘ lautet die Erklärung von sieben von zehn der befragten Unternehmen (vgl. Abbildung 16). Unter den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten besteht gar in acht von zehn Unternehmen kein Bedarf für die Suche nach geeigneten Arbeitnehmern im Ausland. Bemerkenswert ist, dass auch die Hälfte der Unternehmen, die über Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen klagen, keine Notwendigkeit sieht, im Ausland nach Fach- und Führungskräften Ausschau zu halten.

Diejenigen Unternehmen, die ihre Personalsuche bisher auf den innerdeutschen Arbeitsmarkt beschränkt haben, nennen neben dem fehlenden Bedarf sprachliche Barrieren als einen der Hauptgründe für diese Entscheidung (74,1 %). Die Hälfte der Unternehmen hemmen Zweifel an der Qualifikation der potenziellen Bewerber und 45 % erwarten, dass mit der Einstellung große bürokratische Hürden verbunden sind, und suchen daher kein Personal im Ausland. Für jedes vierte Unternehmen spielen die eigenen Standortfaktoren selbst eine Rolle bei der Entscheidung, wie hohe Lebenshaltungskosten oder das Lohnniveau. Mögliche Akzeptanzprobleme von Seiten der Belegschaft oder des Betriebsrats sind aus Sicht der Unternehmen hingegen nur selten ein Grund, der gegen die Personalrekrutierung aus dem Ausland spricht.

Auch wenn bislang nur eine kleine Zahl von Unternehmen Fachkräfte im Ausland gesucht hat, dürfte der zunehmende Wettbewerb um qualifiziertes Personal die Rekrutierung von ausländischen Fachkräften verstärkt in den Fokus der deutschen Industrie rücken. Mit dem Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der EU, der u. a. eine Absenkung der Verdienstschwelle für qualifizierte Arbeitskräfte vorsieht, wurde ein Schritt für eine erleichterte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte getan. Ob der Abbau der Zuwanderungshemmnisse

jedoch letztendlich zu einem verstärkten Zuzug ausländischer Fachkräfte führt, hängt jedoch maßgeblich von der Gestaltung der unternehmerischen Rekrutierungswege ab.

4.3 Politische Flankierung zur Sicherung des Fach- und Führungskräfteangebots

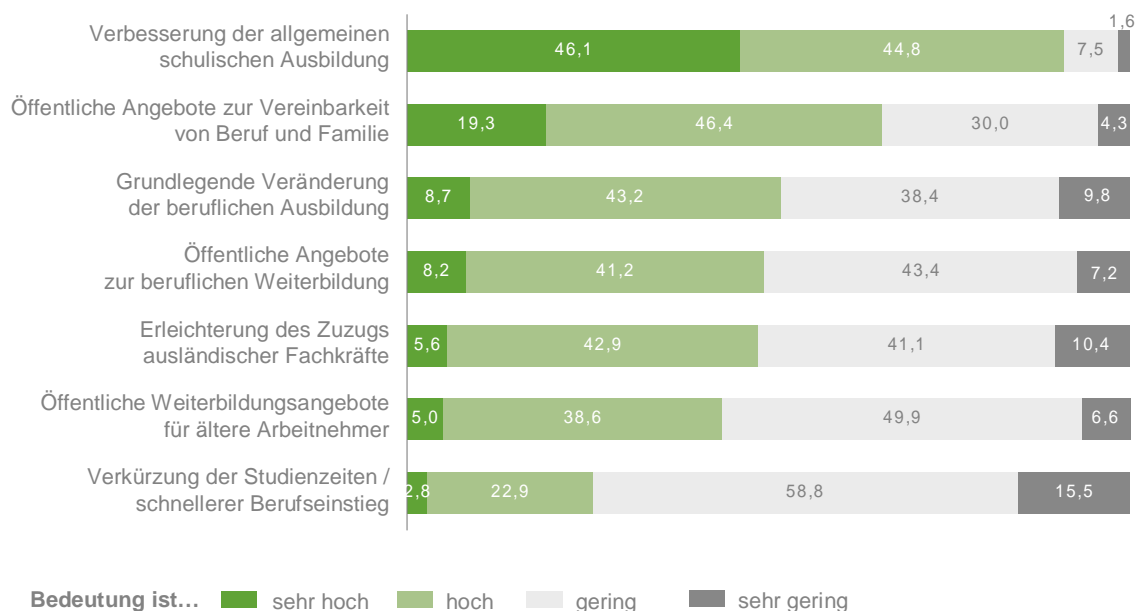
Die Deckung des Bedarfs an Fach- und Führungskräften ist ein bedeutendes Element bei der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Arbeitskräftenachfrage der deutschen Industrieunternehmen kommt unter diesem Aspekt besondere Bedeutung zu, da ein Großteil der nationalen Wertschöpfung und auch der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf ihr Konto geht. Zusätzlich zu den nachfrageseitigen Maßnahmen der Unternehmen werden daher auch von politischer Seite verstärkt Anstrengungen unternommen, um das Angebot an Fach- und Führungskräften zu sichern. Eine politische Flankierung wünschen sich – unabhängig von der Unternehmensgröße – neun von zehn Unternehmen in Form einer Verbesserung der allgemeinen schulischen Ausbildung (90,9 %; siehe Abbildung 17). Dass diese Forderung von einer überwältigenden Mehrheit der deutschen Industrieunternehmen an die Politik gestellt wird, ist nicht weiter verwunderlich, ist doch das Fehlen der erforderlichen Qualifikation potenzieller Bewerber das größte Hindernis bei der Personalrekrutierung – insbesondere von Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung und von Auszubildenden.

Mehrheit der Unternehmen fordert bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

An zweiter Stelle der Rangliste steht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zwei Drittel der Unternehmen messen Angeboten der öffentlichen Hand in diesem Bereich eine hohe Bedeutung bei, um die Verfügbarkeit von Fachkräften sicherzustellen. Unternehmen dürften sich davon vor allem die Erschließung bisher brachliegender oder nicht ausreichend genutzter Potenziale bei Frauen erhoffen. Beispielsweise könnte ein besseres Kinderbetreuungsangebot einen Beitrag zur Erhöhung der Vollzeitquote und der Erwerbsbeteiligung von Frauen leisten.

Wie in den vergangenen Jahren steht auch die grundlegende Veränderung der beruflichen Ausbildung in den Top drei der Rangliste. Mehr als die Hälfte der mittelständischen Industrieunternehmen und damit deutlich mehr Unternehmen als im Jahr 2010 sehen hier Änderungsbedarf und stufen entsprechende Maßnahmen als sehr bedeutend ein. Damals maßen drei von zehn Unternehmen einer Verbesserung in diesem Bereich eine hohe Priorität zu. In diesem Anstieg spiegeln sich die zunehmenden Schwierigkeiten der Unternehmen, geeignete berufsqualifizierte Fachkräfte zu finden, wider. Aufgrund der demografischen Entwicklung dürfte der Markt für Auszubildende zukünftig noch enger werden und zeitverzögert zu einer Zuspitzung bei der Besetzung von Stellen mit Berufsqualifizierten führen. Weitere Maßnahmen könnten die Ausweitung und Verbesserung der öffentlichen Angebote zur beruflichen Weiterbildung sein. Eine politische Flankierung von dieser Seite wird ebenfalls von fast der Hälfte der Unternehmen als bedeutend für die Sicherung des Fachkräftebedarfs eingestuft.

Abbildung 17
Bedeutung politischer Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräfteangebots



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 989

© IfM Bonn 1/2012

Deutsche Industrie erkennt Notwendigkeit neuer Rekrutierungswege

Der zunehmende Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte erhöht die Anforderungen an die Personalrekrutierung. Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte ist derzeit allerdings nur wenig verbreitet unter den deutschen Industrieunternehmen. Unabhängig von ihrer Größe misst jedoch fast jedes zweite der befragten Unternehmen der Erleichterung des Zugangs ausländischer Fachkräfte auf den deutschen Arbeitsmarkt eine hohe Bedeutung bei – mehr als doppelt so viele wie noch im Herbst 2010. Den großen Hürden und dem damit verbundenem Aufwand bei der Auslandsrekrutierung stand bisher häufig kein ausreichender Nutzen gegenüber. Ändert sich allerdings durch entsprechende politische Maßnahmen dieses Kosten-Nutzen-Verhältnis, dürften sich die Unternehmen möglicherweise häufiger für diesen Weg der Personalgewinnung entschieden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zwar eine steigende Anzahl von Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung zu beobachten ist. Aber in Bezug auf die gesamte deutsche Industrie kann aktuell (noch) nicht von einem akuten, flächendeckenden Engpass gesprochen werden. Setzt sich die Entwicklung allerdings weiter fort, könnte sich das ändern. Als Handlungsoptionen zur Sicherung des Fach- und Führungskräfteangebots rücken insbesondere die betriebliche Aus- und Weiterbildung, sowie die Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität in den Fokus. Gleichzeitig wünschen sich die deutschen Industrieunternehmen von der Politik eine weitere Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen, insbesondere was das deutsche Aus- und Bildungssystem und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeht. Hier gilt es, durch ein Bündel von Maßnahmen brachliegende Potenziale zu nutzen, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschlands zu erhalten.

Anhang

Anmerkungen zur Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit des BDI-Mittelstandspanels setzt sich aus allen deutschen Industrieunternehmen der Wirtschaftsabschnitte „verarbeitendes Gewerbe“, „Baugewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ zusammen. Bei der ersten Erhebung im Frühjahr 2005 beteiligten sich rund 2.600 Unternehmen aus einer repräsentativen Stichprobe der Grundgesamtheit an der Befragung. Diese Unternehmen wurden in den nachfolgenden Erhebungen regelmäßig befragt. Im Rahmen der Frühjahrsbefragung 2008 wurden zusätzlich gut 14.000 Unternehmen zur Teilnahme aufgefordert. Der Einladung folgten rund 1.250 Unternehmen. Unter Berücksichtigung der laufend stattfindenden Adressbereinigung betrug die Bruttostichprobe der nunmehr fünfzehnten Welle 2.952 Unternehmen. Von den angeschriebenen Unternehmen liegen auswertbare Rückläufe von 1.013 Unternehmen vor (Rücklaufquote ca. 34 %).

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Bruttostichprobe des BDI-Mittelstandspanels umgekehrt proportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen ausreichend viele Antworten erzielt werden. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt; in den unteren Größenklassen erfolgte eine Zufallsauswahl.

Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, wurden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Anhand der Schätzung der Unternehmensanzahl und der Beschäftigtenzahl deutscher Industrieunternehmen je Beschäftigtengrößenklasse gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nach dem Verfahren „Soll durch Ist“ der Grundgesamtheit angepasst. Im Rahmen der Auffüllung der Stichprobe mit neuen Unternehmen im Frühjahr 2008 wurde die Konzeption der Hochrechnung leicht modifiziert: Anstatt wie bislang quantitative Angaben mit drei verschiedenen Faktoren (Umsatz, Investitionen, Beschäftigte) hochzurechnen, werden nun alle quantitativen Größen ausschließlich anhand der Beschäftigungszahlen hochgerechnet. Dies führt dazu, dass die aktuell publizierten Ergebnisse nicht mehr zwingend mit denen früherer Publikationen vergleichbar sind.

Der vorliegende Ergebnisbericht
steht als Download unter
www.bdi-panel.emnid.de
zur Verfügung.

Bundesverband der
Deutschen Industrie (BDI) e. V.
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
www.ikb.de